

Waldschutz, Geschlechterverhältnisse, Gemeineigentum Ergebnisse einer Dorfstudie in Nordthailand

Christl Keßler

Kommunale Waldwirtschaft wird in der entwicklungspolitischen Debatte häufig als Mittel des nachhaltigen Ressourcenschutzes propagiert (BROMLEY/CERNEA 1989, BROMLEY/COCHRANE 1995). In ähnlicher Weise gilt der Einbezug von Frauen in Maßnahmen des Ressourcenschutzes als unverzichtbar (RODDA 1991, BRAIDOTTI et al. 1994, BLISS 1996). Die hier vorgestellte Dorfstudie¹ geht diesen Thesen im thailändischen Kontext auf den Grund. Polemisch formuliert geht sie der Frage nach, ob die Wälder zu ihrem Erhalt die Frauen und die Bauern brauchen.

Die Anfänge des Untersuchungsdorfes im Norden Thailands liegen etwa hundert Jahre zurück, als die ersten Familien auf der Suche nach urbarem Land am Flussufer Wald für den Reisanbau rodeten. Geld spielte in der dörflichen Ökonomie jahrzehntelang keine große Rolle. Das Grundnahrungsmittel Reis wurde selbst erzeugt; der umgebende Wald lieferte neben Bau- und Brennholz auch Nahrungsmittel. Fisch und Wild ergänzten den Speiseplan. Die Geschlechterverhältnisse in dieser subsistenzorientierten Ökonomie hatten eher komplementären Charakter. Frauen bildeten sozial wie spirituell das Zentrum der Familie. Sie verwalteten die Finanzen, vermarkteten Überschüsse, sorgten für Haushalt und Kindererziehung und opferten den Familiengeistern. Männer repräsentierten die Haushalte gegenüber Dorfföfentlichkeit und Staat und führten die Zeremonien für die Dorf-Schutzgeister durch.

Die innerfamiliär einflussreiche Position der Frauen basierte auf verschiedenen Faktoren. Ihre Arbeitskraft war eine wichtige Ressource für das Überleben der Familie und wurde als solche wertgeschätzt. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung war wenig ausgeprägt. Ausnahmen bildete Hausarbeit als weibliche und Holzeinschlag sowie Hausbau als männliche Arbeit, ohne dass damit eine Diskriminierung verbunden war. Eine Grundlage weiblichen Einflusses innerhalb der Familie war die Verfügungsgewalt über Land. Töchter wurden beim Erbe von Land bevorzugt. Mann und Frau entschieden gemeinsam über die Felder ihres Haushaltes. Oft

Rodung des Gemeindewaldes und Vorbereitung der Aussat von Bergreis



hatte das Paar sein Land in gemeinsamer Arbeit gerodet oder von den Eltern der Frau geerbt. Jenseits dieser ökonomischen Basis konnten sich Frauen auch auf die soziale und spirituelle Verankerung in ihrer Herkunftsfamilie stützen. Matrilokaler Tradition entsprechend, verließen Frauen bei der Heirat nur selten ihre Familie. In matrilinearen Kulturgruppen blieben Frauen, im Gegensatz zu Männern, spirituell immer ihrer Herkunftsfamilie verbunden. (POTTER 1977, VAN ESTERIK 1982, HALE 1984) Zum Zeitpunkt der Feldforschung war das Dorf von den ursprünglich fünf Familien auf 85 Haushalte angewachsen. Die relative Autonomie war der vielfältigen Verflechtung mit nationalen Strukturen gewichen. Die politische Organisation des Dorfes war Teil der nationalstaatlichen Organisation geworden, am deutlichsten sichtbar in der Person des Bürgermeisters. Dieser wurde einerseits von der Dorfbevölkerung gewählt, um

interne Konflikte zu schlichten und die Interessen des Dorfes nach außen zu vertreten, andererseits repräsentierte er kraft seines Amtes die Staatsgewalt im Dorf und war als solche gehalten, staatliche Programme und nationale Gesetze umzusetzen.

Aus der Subsistenzökonomie der Anfänge war ein Geflecht aus geld- und subsistenzorientierten ökonomischen Praktiken geworden. Reis wurde nur noch von einem Drittel der Haushalte angebaut. Statt dessen kultivierte man Orangen, Mais und Mungbohnen für den Verkauf. Die weitaus wichtigste Geldquelle im Dorf aber war die Arbeitsmigration nach Bangkok. Bis zur Asienkrise schienen die Verdienste in Bangkok zuverlässiger die Reisversorgung zu sichern als der von starken jährlichen Niederschlagsschwankungen abhängige

¹ CHRISTL KEßLER: *Is there a woman behind every big tree? Soziale Organisation von Gemeindewald in Nordthailand. Eine Dorfstudie.* Frankfurt: IKO, im Druck.

Eigenanbau. Der Verzicht auf den Anbau des Grundnahrungsmittels war jedoch nicht gleichbedeutend mit der generellen Abkehr von subsistenzorientierten Praktiken. Das Sammeln von Nahrungsmitteln im Wald, das Fischen und die Produktion in den Hausgärten ergänzten die tägliche Ernährung. Die traditionellen nicht-monetären Arbeitsaustauschsysteme waren nach wie vor eine zentrale Form dörflicher Kooperation. Die eindringenden monetären ökonomischen und staatlichen Strukturen beeinflussten die Geschlechterverhältnisse. Sie eröffneten beiden Geschlechtern neue Handlungsmöglichkeiten, bargen für die Frauen aber auch Formen der Diskriminierung. Zum Zeitpunkt der Feldforschung war offen, ob Frauen sich auf Basis traditioneller Zuschreibungen neue Verantwortlichkeiten und Kompetenzen erschließen können, oder ob Männern sich einseitig ehemals weibliche Bereiche aneignen und Frauen aus ihren alten Zuständigkeiten verdrängen würden.

Ein Abdrängen der Frauen in die Subsistenzökonomie, wie es in Marktintegrationsprozessen häufig beobachtet wird, war nicht festzustellen. Ihr Zugang zu Lohnarbeit war allerdings durch Diskriminierung geprägt. Frauen wurden außerhalb des Dorfes durchweg schlechter bezahlt als Männer. Innerhalb des Dorfes gab es zwar gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Landwirtschaft, aber nur Männern standen die lukrativeren Arbeiten bei Hausbau und Holzeinschlag offen. Da jedoch prinzipiell die dem Haushalt vorstehenden Ehepaare gemeinsam über die Einnahmen aller Haushaltsmitglieder entschieden, beschränkte diese Diskriminierung nicht die Verfügung von Frauen über Geld. Inwiefern die schlechtere monetäre Be-

wertung von Frauenarbeit ihre Wertschätzung in der Subsistenzökonomie verringerte, war noch nicht abzusehen. Jenseits aller Veränderungen der ökonomischen Struktur blieb der Wald als Quelle von Bauholz, Brennholz und Nahrungsmitteln eine wichtige Ressource dörflicher Ökonomie. In der subsistenzorientierten Waldnutzung waren Frauen durch ihre Zuständigkeit für die tägliche Nahrung etwas stärker engagiert als Männer, ohne dass beim Sammeln von Brennholz, Pilzen, etc. von einer strikten geschlechtlichen Arbeitsteilung gesprochen werden konnte. Eine solche existierte lediglich beim Einschlag von Bauholz und bei der Jagd mit Feuerwaffen, beides exklusiv männliche Tätigkeiten, ersteres zudem eine exklusiv männliche Verdienstmöglichkeit.

Das Untersuchungsdorf lag in einem Waldgebiet, das 1964 zur Nationalen Forstreserve erklärt worden war. Damit war die Siedlung selbst und jede weitere Rodung illegal. Das gesamte Siedlungsgebiet war offiziell Wald unter der Oberhoheit der Forstbehörde. Dies hinderte jedoch weder die Steuerbehörde daran, die Steuern für die Felder einzutreiben, noch das Innenministerium, die illegale Siedlung zum regulären Dorf zu erklären, was die widersprüchliche Politik dieser Zeit widerspiegelt. Die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen durch bäuerliche Familien wurde im Sinne der Steigerung der Exportproduktion staatlicherseits toleriert, wenn nicht gar gefördert. Nach gewohnheitsrechtlicher Praxis erwarben die Familien durch Rodung, Bewirtschaftung und Steuerzahlungen Besitzrechte. Nach geltendem Recht aber war und blieb der gerodete Wald Staatseigentum unter der Verwaltung der Forstbehörde.

So auch das Gebiet des Untersuchungsdorfes. Im Zuge der 1975 begonnenen Landreform wurden Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen legalisiert. Der Großteil der Siedlung, ihrer Felder und der gesamte Wald blieb jedoch Forstreserve. Für die alltägliche Praxis dörflicher Waldnutzung war dies zunächst folgenlos. Illegaler Holzeinschlag war in den 70er Jahren eine einfache und fast die einzige Geldquelle. Die Einnahmen durch *Cash Crops*, die mit der Integration in nationale ökonomische Strukturen in den 60er Jahren Einzug in das Dorf gehalten hatten, waren kontinuierlich gesunken. Dagegen sicherten Aufkäufer aus der Provinzhauptstadt zuverlässig den Absatz der illegal geschlagenen Stämme. Das Risiko, erwischt zu werden, war während der Zeit der kommunistischen Guerillakämpfe und vor dem Bau befestigter Straßen gering. Kaum ein Haushalt des Dorfes war nicht am Einschlag beteiligt. Dabei waren zwar die Männer die eigentlichen „Täter“, die Einnahmen kamen jedoch dem Haushalt als ganzes zugute und wurden oft von den Frauen verwaltet. Insofern profitierten Frauen wie Männer von der Entwaldung und hatten ein gemeinsames Interesse an der Sicherung dieser Einnahmequelle. Die Ursprünge des Gemeindefeldes als dörfliche Institution lagen in der Initiative der Dorfbevölkerung, die Rechte am Holzeinschlag in „ihrem“ Wald gegenüber anderen Holzfällern zu sichern. Gemeindefeldregeln, die über den Ausschluss Externer hinausgingen und durch dorfinterne Nutzungseinschränkungen den Waldbestand langfristig sichern sollten, konnten erst durch das Zusammenwirken verschiedener Faktoren etabliert werden.

Dies waren zum einen interne Prozesse: die Reduktion des vermarktbareren Holz-

bestandes selbst und die Einsicht in die ökologischen Folgen der Entwaldung. Der Wasserspiegel des Flusses sank, die Niederschläge gingen zurück. Für diese Veränderungen machte man die Abholzung verantwortlich.

Zum anderen waren es extern verursachte Entwicklungen: Das Ende der Guerillakämpfe und die Anbindung des Dorfes an das Straßennetz erhöhten die Kontrollbesuche und damit das Risiko, erwischt und zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt zu werden. Gleichzeitig brachte die Straßenanbindung Anwerber aus Bangkok ins Dorf, die Arbeitskräfte für die boomende Bauindustrie suchten und so alternative Verdienstquellen boten.

Zum Zeitpunkt der Untersuchung waren die Gemeindeforestryregeln innerhalb des Dorfes fest etabliert. Bauholz durfte nur für den Eigenbedarf und nach vorheriger Genehmigung durch das Dorfkomitee geschlagen werden. Landwirtschaftlich genutzte Flächen innerhalb des Gemeindeforests durften nicht erweitert werden. Die Rodung von neuen Flächen war nicht gestattet. Lagen Felder innerhalb des Gemeindeforests längere Zeit brach, durften sie nur nach Absprache wieder gerodet und genutzt werden. Damit entsprachen die dorfinernen Regelungen der gewohnheitsrechtlichen Tradition, nach der nur Nutzung Besitzrechte garantierte.

Frauen spielten bei der Etablierung dieser Regelungen formal keine große Rolle. Die Gemeindeforestryregeln wurden in den Dorfversammlungen und den Sitzungen des Dorfkomitees, einem Organ der politischen Selbstverwaltung des Dorfes, ausgehandelt. In Komitee und Versammlungen repräsentierten Männer die Interessen ihres Haushaltes. Frauen hörten zu und ergriffen nur selten das Wort.

Da Frauen stärker als Männer in die Nutzung des Waldes für die alltägliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und Brennholz involviert und gleichzeitig

von der Verdienstmöglichkeit des Holzeinschlags ausgeschlossen waren, läge es nahe, von geschlechtsspezifischen Interessen an der Waldnutzung auszugehen. Faktisch begriffen Männer wie Frauen ihre Nutzungsinteressen am Wald aber als Interessen des Haushaltes, über dessen ökonomische Belange Frauen und Männer gemeinsam entschieden. Der Einfluß der Frauen auf haushaltsinterne Entscheidungen kompensierte in diesem Fall die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Waldnutzung und den Ausschluss von Frauen aus formalen politischen Verhandlungen im Dorf.

Diese Kompensation konnte jedoch nur funktionieren, solange sich die Rahmenbedingungen nicht änderten. Die starke Position der Frauen innerhalb des Haushaltes beruhte nicht zuletzt auf ihrem Beitrag zum Lebensunterhalt. Sollte sich diese Wertschätzung unter dem Eindruck der niedrigen Löhne von Frauen verändern und subsistenzorientierte Tätigkeiten an Wertschätzung verlieren, würde dies die Stellung der Frauen unterminieren - eine Entwicklung, die von feministischen Subsistenztheoretikerinnen als Hausfrauisierung bezeichnet wurde (WERLHOF et al. 1983). Bislang war dieser Prozess im untersuchten Dorf nicht eingetreten. Einer Hausfrauisierung stand das Selbstbewusstsein der Frauen sowie das Wissen um die Bedeutung nicht-monetärer Ökonomie entgegen. Letzteres wurde von Frauen und Männern geteilt und durch die Erfahrungen der Asienkrise einmal mehr bestätigt.

Sich nur auf die Stabilität der vergleichsweise ausgeglichenen Machtverhältnisse innerhalb der Haushalte zu verlassen, barg jedoch einige Gefahren für die Frauen, Ein Beispiel: Die Ausstellung von Landrechtsdokumenten auf die Namen der Männer eines Haushaltes entsprach der Tradition, nach der Männer für die Kontakte des Haushaltes mit der staatlichen Verwaltung zuständig waren. Solange die ebenfalls traditionellen Rechte der Frauen an diesem Land haushalts-

intern nicht angezweifelt wurden, hatte ihr Ausschluss aus den formalen Besitztiteln keine nachteiligen Folgen. Im Konfliktfall hatte die Frau jedoch keine Möglichkeit, ihre Rechte einzuklagen, wenn sie nicht dafür sorgte, entgegen der Tradition auch in Kontakten zur staatlichen Verwaltung präsent zu sein.

In diesem Sinne wäre es langfristig auch im Interesse der Frauen, an den Verhandlungsprozessen um Gemeindeforest beteiligt zu sein. Die Antwort auf die eingangs gestellte polemische Frage, ob der Wald zu seinem Schutz die Frauen braucht, lautet jedoch in diesem Fall: Waldschutz braucht die Unterstützung der Frauen, aber nicht ihre politische Partizipation. Diese war und ist aus Gründen der Demokratisierung, der Gleichberechtigung und der langfristigen Sicherung ihrer Interessen wünschenswert, aber nicht notwendig für einen effektiven Ressourcenschutz, da Interessen an Nutzung und Schutz des Waldes sich in der konkreten, historisch spezifischen Situation des untersuchten Dorfes nicht entlang der Geschlechtszugehörigkeit unterschieden.

Konfliktlinien verbargen sich eher in dörflichen Einkommensunterschieden. Da die Gemeindeforestnutzung jedoch in offensichtlichem Widerspruch zur staatlichen Gesetzgebung stand, traten etwaige dorfinerne Konflikte hinter die Auseinandersetzung zwischen Dorf und Staat zurück.

Diese Auseinandersetzung entzündete sich am dörflichen Anspruch, den Wald nicht nur zu schützen, sondern auch zu nutzen. Holzeinschlag und landwirtschaftliche Nutzung von Flächen innerhalb der Nationalen Forstreserven waren eindeutig illegal. Die Forstbehörde war jedoch nicht in der Lage, diese Gesetze vor Ort durchzusetzen. In dieser Situation handelten die Vertreter der Dorfbewölkerung mit den lokalen Forstbeamten eine Art *Gentlemen-Agreement* aus: Im Gegenzug zur Durchsetzung von Nutzungseinschränkungen innerhalb des

Dorfes und der Kontrolle des Gebietes vor illegalem Einschlag durch Dorffremde ignorierten die Forstbeamten den Einschlag für den Eigenbedarf der Dorfbevölkerung, solange er sich in einem gewissen Rahmen abspielte. Viel beschworene Grundlage dieser informellen Regelung war das gemeinsame Interesse am Erhalt des Waldes, das dörfliche Interesse an der Nutzung des Waldes dagegen blieb unerwähnt.

Verschiedene Konflikte zwischen Dorfbevölkerung und Forstbehörde während der Zeit der Feldforschung zeigten die Problematik dieses fragilen Kompromisses ohne legale Grundlage. Es kann sich durchaus kontraproduktiv auf den Waldschutz auswirken, wenn die dörflichen Nutzungsinteressen in den Verhandlungen mit der Forstbehörde offiziell ausgeblendet werden, weil sie keine gesetzliche Basis haben. Dies zwingt die Dorfbevölkerung, gegenüber dem Staat geschlossen als Waldbewahrer aufzutreten und fördert so die Tendenz, Regelverstöße in den eigenen Reihen zu vertuschen. Überdies bestätigt es die Erfahrung der Dorfbevölkerung, Opfer staatlichen Handelns zu sein, ohne dieses beeinflussen zu können - eine Erfahrung, die der Entwicklung eines demokratischen, staatsbürgerlichen (Selbst-)Bewusstseins nicht förderlich ist.

Die Frage der Gemeindewälder und ihrer gesetzlichen Grundlage wird in Thailand auf nationaler Ebene intensiv debattiert. Sie ist eng verknüpft mit Landrechtsfragen, Demokratisierungsprozessen und der Dezentralisierung staatlicher Macht (BRENNER et al. 1999). Sind Wälder in dörflichem Gemeineigentum ein effektiver Weg des Ressourcenschutzes - braucht der Wald die Bauern? Hierauf gibt es ebenso wenig eine einfache Ant-

Baustelle eines Hauses mit Pfosten aus dem Gemeindewald, deren Größe Anlaß zu Konflikten mit der Forstverwaltung wurde



wort wie auf die Frage, ob der Wald zu seinem Schutz die Frauen braucht.

So wie im Untersuchungsdorf staatliche Kontrolle, Degradation der Ressource, ökologisches Bewusstsein und alternative Einkommensquellen bei der Entstehung des Gemeindewaldes zusammenwirkten, sind auch auf nationaler Ebene mehrere Faktoren nötig, um dem Gemeindewald eine nachhaltige Zukunft zu verschaffen. Unter anderem müssen sich die wirtschaftlicher Disparitäten zwischen ländlichen Gebieten und Ballungsräumen verringern. Die politischen Strukturen müssen insbesondere auf lokaler Ebene demokratischer werden. Schließlich braucht die kommunale Waldwirtschaft in Thailand eine gesetzliche Grundlage.

Bauernbewegung und NGOs setzten große Hoffnungen in eine Gemeindewaldgesetzgebung, die sie seit Jahren gefordert hatten. Das kürzlich vom Senat verabschiedete Gesetz enttäuschte diese Hoffnungen - eine rechtliche Anerkennung dörflicher Nutzungsansprüche liegt nach wie vor in weiter Ferne.

Literatur

FRANK BLISS (1996): *FrauenBäume. Wie Frauen in der Dritten Welt eine lebenswichtige Ressource nutzen.* Bonn: Horlemann.

ROSI BRADOTTI/EWA CHARKIEWICZ/SABINE HÄUSLER/SASKIA WIERINGA (Hrsg.) (1994): *Women, the environment and sustainable development: Towards a theoretical synthesis.* London; New Jersey: Zed Books.

VERENA BRENNER/REINER BUERGIN/CHRISTL KESSLER/OLIVER PYE/RAINER SCHWARZMEIER/ROLF-DIETER SPRUNG (1999): *Thailand's community forest bill: U-turn or roundabout in forest policy?* SEFUT Working Paper No. 3, Graduate College Socio-Economics of Forest Use in the Tropics and Subtropics, Freiburg.

DANIEL W. BROMLEY/MICHAEL M. CERNEA (1989): *The management of common property natural resources.* (World Bank Discussion Papers 57). Washington D.C.: World Bank.

DANIEL W. BROMLEY/JEFFREY COCHRANE (1995): *A bargaining frame of the global commons.* In: DANIEL W. BROMLEY (Hrsg.): *Handbook of environmental economics* (S. 295-316). Cambridge; Oxford: Blackwell.

PENNY VAN ESTERIK (1982a): *Women in Southeast Asia.* (Occasional Papers No 9). DeKalb, Illinois: Center for Southeast Asian Studies, Northern Illinois University.

ANN HALE (1984): *The search for a jural rule: Women in Southeast Asia - the Northern Thai cults in perspective.* *Mankind*, Bd. 14 (4), 330-338.

SULAMITH HEINS POTTER (1977): *Family life in a Northern Thai village. A study in the structural significance of women.* Berkeley; Los Angeles: University of California Press.

ANNABEL RODDA (1991): *Women and the environment.* London; New Jersey: Zed Books.

CLAUDIA V. WERLHOF/MARIA MIES/VERONIKA BENNHOLDT-THOMSEN (Hrsg.) (1983): *Frauen, die letzte Kolonie.* Hamburg: Rowohlt.